

Minijobs – keine Mini-Bezahlung für Maxi-Arbeitszeiten (Plenarsitzung vom 19.03.2009)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Steffens. – Jetzt hat der fraktionslose Abgeordnete Sagel das Wort.

Rüdiger Sagel (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident, fraktionslos, aber nicht standpunktlos – auch nicht in dieser Debatte.

Immer weniger Menschen haben eine gute Arbeit, Millionen von Menschen haben gar keine Arbeit, Millionen von Menschen arbeiten zu Hungerlöhnen, Millionen von Menschen arbeiten in unsicheren Jobs – das ist die Situation –, und Millionen von Menschen arbeiten sich kaputt vor lauter Überstunden und Arbeitshetze.

An dieser Entwicklung hat die Politik von Rot-Grün und Schwarz-Rot einen erheblichen Anteil. Mit der Liberalisierung der Finanzmärkte, der Privatisierung öffentlicher Unternehmen und den Hartz-Gesetzen haben die Regierungen Schröder und Merkel der Ausbreitung schlechter Arbeit – unsicher, gering bezahlt, ohne ausreichende Sozialversicherung und ohne Mitbestimmung – den Weg geebnet. Das ist die Politik, die wir hier in den letzten Jahren erlebt haben.

(Ralf Witzel [FDP]: Das war aber auch mal Ihre Politik!)

– Nein, ich war immer dagegen. Ich war immer sehr entschieden gegen diese ganzen Hartz-Gesetze. Die Folgen: Von dem, was die Beschäftigten an Werten schaffen, bekommen sie einen immer geringer werdenden Anteil. Die Linke sagt deshalb ganz klar: Die Hartz-Gesetze bedeuten Enteignung und führen zum Abbau von Demokratie. Denn es hat Konsequenzen, wenn Menschen nicht genügend Geld für das Nötigste haben und keine Zukunftsperspektiven entwickeln können. Ihnen wird die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben verwehrt. Leidtragende sind mehrheitlich die Frauen, die die Mehrheit der Beschäftigten in prekären Arbeitsverhältnissen stellen. Das ist die reale Situation, die wir hier erleben.

Gute Arbeit steht für die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu denen, die ihn mit ihrer Hände Arbeit erwirtschaften, und für eine gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen an der Erwerbsarbeit.

Sie von der SPD fordern mit Ihrem Antrag die Landesregierung auf, zum Schutz der Beschäftigten im Bereich der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse unverzüglich eine Initiative in den Bundesrat einzubringen, die die Beschränkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 15 Stunden vorsieht. Für Beschäftigungsverhältnisse mit unregelmäßigen Arbeitszeiten könne – so Ihr Antrag – eine entsprechende monatliche Arbeitszeit vorgesehen werden.

Damit wollen Sie jetzt wieder eine Regelung einführen, die Sie unter Schröder selbst abgeschafft haben. Am 01.04.2003 wurde mit dem Zweiten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, das sogenannte Hartz II, die geringfügig entlohnte Beschäftigung neu geregelt.

Damals wurde von Rot-Grün die Anhebung der Geringfügigkeitsgrenze für nicht sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse von 325 auf 400 € monatlich angehoben und die Begrenzung auf 15 Arbeitsstunden pro Woche aufgehoben. Die Zahl der Minijobs stieg seitdem stark an. Vor allem im Einzelhandel wurden in den letzten Jahren Zigtausende von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen vernichtet. Das Resultat war auch Lohn- und Sozialdumping.

Ich finde es gut, dass es den Antrag der SPD gibt, aber ich frage Sie: Warum setzen Sie die Sache nicht in Berlin durch? Sie sind doch in Berlin in der Regierung, Sie stellen sogar den Arbeitsminister. Von daher ist es völlig heuchlerisch, hier im Landtag einen solchen Antrag zu stellen, obwohl Sie selbst die Möglichkeit hätten, das in Berlin durchzusetzen.

Wir sagen aber auch ganz klar: Das, was Sie jetzt machen, reicht nicht aus, weil damit die Ursachen schlechter Arbeit nicht bekämpft werden. Wir brauchen eine andere Politik. Die Linke fordert die Beendigung der Subventionierung geringfügiger Beschäftigung, die sofortige Beendigung der Minijobpolitik, die Förderung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung gerade für Frauen ...

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege!

Rüdiger Sagel (fraktionslos): ...und die volle Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro. Mein letzter Satz: Dazu hat sie bereits im vergangenen Jahr ein umfassendes Programm „Gute Arbeit – Gutes Leben. Ein Manifest für eine gerechte Arbeitswelt“ in den Bundestag eingebracht. Dafür steht die Linke.

Sie legen hier einen Showantrag vor. Sie hätten längst die Möglichkeit, das in Berlin durchzusetzen.

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Herr Minister Laumann hat das Wort.